Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfennige, mit Trägerlohn 70 Pfennige, auf der Post vierteljährlich 2 Mark, mit Landbriefträgergeld 2 Mark 50 Pfennige.

Inserate: Die 4gespaltene Petitzeile 15 Pfennige.
Redaktion, Druck u. Verlag von R. Graßmann. Sprechstunden nur von 12—1 Uhr
Stettin, Kirchplatz Nr. 3.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe. Montag, den 4. April 1881. Nr. 158.

Deutscher Reichstag.

28. Sitzung vom 2. April.

Präsident v. Goßler eröffnet die Sitzung um 11½ Uhr.

Am Tische des Bundesrathes: Staatssekretäre von Bötticher, Scholz, Dr. von Schelling, Dr. Stephan, zahlreiche Bevollmächtigte und mehrere Kommissare, darunter die Geh. Räthe Lohmann und Dr. Meyer, Graf Lerchenfeld, Dr. Versmann, von Schmid, Edler von der Planitz, Dr. von Mayr.

Die Wahlen der Abgg. von Seydewitz und Dr. Schwarzenburg sind von den Abtheilungen für gültig erklärt worden.

Tagesordnung:

Fortsetzung der ersten Berathung des Entwurfs eines Gesetzes betreffend die Unfallversicherung der Arbeiter.

Abg. Richter (Hagen): Der vorliegende Gesetzentwurf lehne sich an einen Gedanken an, der von der Fortschrittspartei bereits vor dem Sozialistengesetze 1878 angeregt sei. Seine Partei halte daher die Vorlage für eine Grundlage zu weiteren Verhandlungen, sie wolle jedoch keine Versicherungs-Monopolisirung, keine Reichs-Versicherungs-Anstalt und Reichs-Unterstützung für diese Zwecke. Wenn in den Motiven dieses Gesetzentwurfs dieselbe aus dem Gedanken des christlichen Staates abgeleitet werde, so verstehe er das nicht; eben so gut hätte man ganz einfach schreiben können, der Gesetzentwurf ist im 19. Jahrhundert vorgelegt. Auf Einzelheiten eingehend, meinte Redner, man müsse den Arbeitgeber und den Arbeiter nicht nur, wenn er vorsätzlich einen Unfall herbeigeführt habe, selbstverantwortlich machen, sondern annähernd eben so verantwortlich für fahrlässig herbeigeführte Schäden. Nicht zu billigen sei, daß die Wirkung des Gesetzes erst nach vierwöchentlicher Arbeitsunfähigkeit eintreten solle; denn nach den Erfahrungen des Haftpflichtgesetzes würden nur 28 Prozent der Schadenfälle überhaupt in Betracht kommen. Die ländlichen Arbeiter müßten in das Gesetz mit hinein und man würde gut thun, bei etwaigen Beschlüssen in jedem Paragraphen schon heute auf die besonderen ländlichen Verhältnisse Rücksicht zu nehmen. Nach der bestehenden Unfallsstatistik halte er die Landwirthschaft für gefährlicher, als viele Industrien, und zwar nicht nur den landwirthschaftlichen Maschinenbetrieb. Da sich hervorragende Landwirthe wie auch der Land- und der Volkswirthschaftsrath für Einbeziehung der Landwirthschaft erklärt hätten, so sei es ihm auffällig, daß die Regierung nicht darauf eingegangen sei; er denke sich die Einbeziehung der Landwirthschaft leichter als die des Baugewerbes. Aus gründlichen Vorberathungen in einer Kommission könnten brauchbare Grundlagen hervorgehen; die Vorlage biete sie nicht, da erst, seit der Kanzler in vorigem Herbste diesen Gedanken aufgenommen, man sich eingehender damit befaßt habe und die Regierung die verlaufenen sechs Monate nicht benutzt habe, um Vorarbeiten zu machen, sonst könnten in den statistischen und thatsächlichen Angaben nicht effektive Falsa stehen. Wenn es in der Kommission nicht gelinge, den brandigen Theil des Gesetzes, die Versicherungsanstalt, von dem anderen Theile zu amputiren, so werde in dieser Session nichts aus dem Gesetze werden, das habe schon die gestrige erste Berathung gezeigt und möchten das die Freunde der Vorlage nicht vergessen. Wolle man aber diesen Weg nicht gehen, so solle man lieber das Gesetz in die noch offene Gruft beisetzen, wo schon die Brausteuer und die Wehrsteuer eingesargt seien. Redner wendet sich sodann gegen die gestrigen Ausführungen des Abg. von Marschall. Derselbe habe gesagt, in dieser Session müsse etwas zu Stande kommen; das komme ihm, Redner, so vor, wie der Vorfall im Jahre 1848, wo man gesagt, als man eine Kommission einsetzte: „die soziale Frage muß gelöst werden, und wenn die Kommission eine ganz Nacht sitzen soll." Wenn Herr von Marschall weiter gesagt: „Wer nicht wagt, der nicht gewinnt", so könne man wohl wagen, wenn man sein eigenes Ich, sein Vermögen einsetze, aber auf Kosten der Arbeiter könne man doch nicht experimentiren. Mit diesem Gesetz experimentire man aber geradezu in die Genossenschaftskassen hinein, die sich zu solchem kolossalen Geschäftsumfange entwickelt hätten; auch in die bisher stets als Muster hingestellten Knappschaftskassen greife man störend ein. Das sei so ein Stück konservativer Wirthschaftspolitik, daß man in der Gewerbeordnung neue Korporationen, Innungen, schaffen wolle, und hier wolle man sie zerstören. In diesem Punkte zeige sich am deutlichsten, wie nahe der Konservatismus und Sozialismus einander ständen. (Gelächter.) Die Motive seien so sozialistisch angehaucht, daß man daraus viel eher die Einziehung des Grundbesitzes herleiten könnte, ganz besonders der Fideikommisse, als der Versicherungsanstalten. Auf jedem anderen Gebiete sei eine Reichs-Versicherung mehr angebracht als auf dem der Unfall-Versicherung. Gerade die Freunde des Reichsgedankens hätten Interesse, den Reichseinheitsgedanken nicht zu überspannen. Die Reichs-Versicherung werde sehr theuer arbeiten, die Schadens-Regulirungen würden mehr kosten als das Reich überhaupt zuschieße. Uebrigens sei die Billigkeit der Verwaltungskosten auch nicht ausschlaggebend, es frage sich doch auch, ob die Verwaltung gut sei. (Der Herr Reichskanzler Fürst Bismarck ist in das Haus eingetreten.) So ohne Weiteres hier ein Strafrecht, ein Steuereinschätzungsrecht den Polizeibehörden zu creiren, gehe doch nicht an. Die Einziehung der Arbeitslisten gestatte den Beamten das Einkommen der Arbeiter zu Steuerzwecken eben so genau einzusehen, wie es sonst nur bei Beamten möglich sei. Nun habe man die Subvention des Reiches als sozialistisch bezeichnet, das sei falsch, sie sei kommunistisch, und zwar so schlimm kommunistisch, wie es noch gar nicht vorgekommen. Der Zuschuß werde aus Reichsmitteln genommen, diese flössen aus indirekten Steuern, die ja bekanntlich hauptsächlich auf den Allerärmsten lasten, und diese Allerärmsten sollen also die besser Situirten subventioniren, aber auch nicht etwa alle Arbeiter, nein, nur eine Klasse derselben, die bei der Großindustrie beschäftigten. Eigentlich sollte die Großindustrie diese Last selbst tragen, was aber wohl der Staat für eine Veranlassung habe, die Großindustrie zu unterstützen? Man bringe einen Klassenunterschied unter den Arbeitern selbst hervor, indem man die nur bis 750 Mark Lohn verdienenden aussondere; einen Gegensatz dieser zu allen übrigen. Warum man nicht auch gegen Arbeitslosigkeit versichern wolle? Diese drücke die Arbeiter doch auch sehr? Von da ab aber bis zur sozialistischen Organisation der Arbeit sei nur noch ein Schritt! Durch dieses Gesetz werde man fortgesetzte Unzufriedenheit herbeiführen, da man die bestehenden Zustände verschlimmern würde. Die Arbeiter selbst aber wollten das Gesetz nicht, da sie wohl eine Revision des Haftpflichtgesetzes wollten, aber die sonstigen Vortheile, die das Gesetz biete, richtig abwägen und zu leicht befinden würden gegenüber den Lasten. Auch die Arbeitgeber sprächen sich gegen das Gesetz aus und desavouirten den Volkswirthschaftsrath, der doch eigentlich gerade sie vertreten solle. Der Reichskanzler habe auf dem wirthschaftlichen Gebiete das Prestige verloren. (Fürst Bismarck ruft: Nein. Die Rechte fällt in den Ruf ein.)

Reichskanzler Fürst Bismarck: Ihm würde es sehr lieb sein, wenn er das Prestige verloren hätte, da das etwas sehr Unbequemes sei, er habe früher, als er noch nicht so berühmt gewesen, lange nicht so schwierig gearbeitet als heute mit dem sogenannten Prestige. Der Vorredner könne noch gar nicht wissen, wie die Arbeiter über diese Vorlagen denken, von einigen sogenannten Arbeiterführern könne er es wissen, aber wie die Arbeiter selbst urtheilen, müsse man erst abwarten. Mit diesem Gesetze betrete man das Gebiet der sozialen Frage, die schon seit fünfzig Jahren brenne, die aber endlich in Angriff genommen werden müsse, mit der allerdings unsere Söhne und Enkel wohl kaum fertig werden würden. Wenn neulich hier Telegramme von ihm erwähnt seien, die in antisemitischen Versammlungen verlesen seien, so sei er, der Kanzler, eben ein höflicher Mann, der jeden freundlichen telegraphischen Gruß beantworte, ohne polizeilich zu recherchiren, wer der Absender sei. Der Kanzler habe sich von dem Antisemitismus so fern gehalten, amtlich und persönlich, daß er wohl wünschte, daß auch andere sich so fern von der Aufreizung zum Klassenhasse hielten wie er, das könne man z. B. aber von der „Tribüne", die doch Eigenthum des Abg. Bamberger sein solle, nicht sagen, denn sie habe die neuliche Aeußerung Laskers noch verstärkt. (Hört! Hört!) Der Staat könne auch für Unterlassungen, nicht nur für Handlungen verantwortlich gemacht werden, und diese Verantwortlichkeit würde die Regierung treffen, wenn sie die Manchesterwirthschaft hätte noch weiter gehen lassen. Dem Abg. Richter sei in gewisser Hinsicht das Gesetz nicht weit genug gegangen, Ausdehnung auf die Landwirthschaft; er, der Kanzler, hätte am liebsten im ersten Paragraphen statt die Arbeiter gesagt: „jeder Deutsche", das wäre ihm viel sympathischer gewesen. Die Frage der Ausdehnung auf die Landwirthschaft sei sehr gründlich erwogen, doch würde man wahrscheinlich sie mit hineingezogen haben, wenn man dafür nicht noch besondere Organisationen schaffen wollte. Ihm schwebe der Gedanke vor, daß aus den verschiedenen Zweigen der Versicherten mit der Zeit Genossenschaften gebildet werden sollten, die sich selbst beaufsichtigen, namentlich auch hinsichtlich der Schutzmaßregeln und hinsichtlich der Beitragspflichten und Schadensregulirungen. Er würde nicht den Muth gehabt haben, dies Gesetz weiter zu verfolgen, wenn er die ganze Last hätte auf die Industrie legen müssen; deshalb wolle er als Reichszuschuß ungefähr das gewähren, was bisher die Armenverbände geleistet haben. (Der Fürst bittet um Entschuldigung, daß er seine Rede sitzend fortsetzt.) Ihm scheine, der Arbeiter werde mit viel größerer Zuversicht auf seine Zukunft sehen, wenn er wisse, daß er nicht erst durch Prozeß, sondern als ein unzweifelhaftes Recht diese Entschädigung zu erhalten habe. Ebenso werde es aber auch zur moralischen Hebung des Arbeiterstandes beitragen, wenn er sehe, daß er nicht als reiner Almosenempfänger, sondern als Rechtsansprüchler diese Pension beziehe. Die Behandlung der Armen, namentlich auf dem Lande, sei schrecklich, in ihrem Hause, in ihren Familien; sofort aber werde sie besser, das habe man bei den Kriegeinvaliden gesehen, wenn sie monatlich auch nur einige Thaler einzunehmen hätten. So würde dieses Gesetz auch zu einer besseren und würdigeren Behandlung der Armen führen. Ob man die Grundgedanken des Gesetzes sozialistisch nenne, sei ihm ziemlich gleichgültig; von den Mörderbanden Most's und Hasselmann's, von den Umsturzideen Bebel's sei die Regierung natürlich sehr entfernt; es sei eben blos eine oratorische Ausschmückung, eine Spielerei mit dem Schatten an der Wand, das Streben, die Lage der Armen würdiger zu gestalten, sozialistisch zu nennen. Das sei im Gegentheil praktisches Christenthum (Beifall), aber umsonst könne man auch dieses Ziel nicht erreichen. Die Frage, ob man nun dem Arbeiter selbst auch etwas auflegen solle, sei unter dem Gesichtspunkte entschieden, daß der Armenverband eben etwa ⅓ dazu beitragen solle, daß die 80 pCt. beschädigter Arbeiter, die nicht unter das Unfallgesetz fallen, entschädigt werden können und daß diejenigen Arbeiter, die so viel verdienen, daß sie dem Ortsarmenverband nicht zur Last fallen würden, da sie die Beitragspflicht selbst erfüllen. Er sei gern bereit, von diesem Punkte abzugehen. Ursprünglich habe man die Beitragspflicht auf den Ortsarmenverband legen wollen, sei aber durch Verhandlungen mit den Bundesstaaten allmälig über die Landarmenverbände zu der Reichshülfe als der einzigen Möglichkeit gekommen. Für ihn verliere das Gesetz jeden Werth, wenn man dieses Prinzip der Staats- oder Reichszuschüsse verneine. Wenn nun der Abg. Bamberger gestern gesagt, die Privatgesellschaften, die sich doch stets bisher den Dank ihrer Mitbürger erworben hätten, würden zu Grunde gehen, so halte er dafür, daß sich diese weniger um den Dank als um das Geld ihrer Mitbürger beworben hätten. (Beifall.) Wenn Richter diese Maßregel kommunistisch genannt, so sei doch jedenfalls die Miethssteuer viel mehr kommunistisch, da hier doch auch gerade der Aermere am härtesten gedrückt sei, das würde bei Deckung der Einnahmen aus Tabak und Getränken viel weniger der Fall sein. Was die Wirkungen des Haftpflichtgesetzes angehe, so habe er, der Kanzler, eben gegenüber den vielen ungewissen Prozessen und unsicheren Entscheidungen ein System einführen wollen, das leichter ohne jeden Prozeß fungire. Man solle doch in eine solche Frage, wie diese, wo der Weg noch nicht so klar vorgeschrieben sei, nicht die Parteileidenschaften hineintragen; sollte aber irgend jemand Anderes die Sache besser verstehen, so würde er gern sagen: „Sohn, hier hast Du meinen Speer". (Heiterkeit.) Man solle nicht in Zustände hineingehen wie in Frankreich, wo jeder Arme das Recht habe, zu verhungern; er meine, daß ein Staat, der, wenn er auch die Bezeichnung „christlich" perhorreszire, doch zum allergrößten Theile aus Christen bestehe, sich doch auch zu seinem Christenthum in dieser Frage bekennen solle. (Beifall.) Wenn Richter gesagt hat, die Vorlage sei eine Unterstützung der Großindustrie, so müßte doch der Staat, wenn er dieselbe nicht konkurrenzfähig erhalte, wenn in Folge dessen Arbeitsmangel eintrete, ehe er 20,000 Menschen gelegentlich verhungern lasse, eingreifen und die Arbeit organisiren; ob das nicht bei den Nothständen stets geschehen sei. Richter und Bamberger hätten scheele Seitenblicke auf den Wirthschaftsrath geworfen, dies finde er sehr erklärlich, da auf dem Gebiete des Parlamentarismus die Konkurrenz ebenso stark sei als auf dem der Industrie; es gebe im Volkswirthschaftsrathe ebenso sachkundige Redner wie hier, und das mache die Herren, die da glaubten, ein Monopol zu haben, hier die Interessen der Arbeiter zu vertreten, besorgt. (Heiterkeit.) Herr Richter solle sich doch nicht noch mehr Feinde zuziehen, als er so schon habe, genug seien es doch gewiß. (Heiterkeit.) Wenn mich der Abg. Bamberger gestern als den intellektuellen Urheber dieses Gesetzes mit den französischen Sozialisten in eine Parallele gestellt hat und darin eine große Unerschrockenheit der Regierung gefunden hat, so kommt uns diese Unerschrockenheit eben aus Bewußtsein, nach pflichtmäßigem Ermessen zu handeln; für uns ist es aber ein befriedigendes Gefühl, daß wir den Volksklassen, die der Vorredner als „Pöbel" bezeichnet hat, eine große Erleichterung schaffen zu können uns bewußt sind. (Beifall.) Jene als „Pöbel" bezeichneten Stände werden aber auch dann ermessen, wer ihr besserer Freund sei, die Regierung oder die gewerbsmäßigen Agitatoren, die hier behaupten, deren Interessen zu vertreten. (Sehr gut!) Was die gestern hier herangezogenen Kouponsschneider angeht, so sind mir dieselben die allerangenehmste Klasse von Staatsbürgern, da sie neben der Eigenschaft als Kouponsschneider stets noch eine gewisse Schüchternheit besitzen; und diese schüchternen sicheren Steuerzahler sind mir die liebsten Staatsbürger. (Heiterkeit.) Ein Staat, der sich im Kampfe mit infernalen Elementen befinde, der aber zum größten Theile aus christlichen Elementen bestehe, sollte es sich nicht entgehen lassen, das kleine Theil, das die Vorlage fordert, zur Erleichterung der Armen und Verunglückten beizutragen. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Stumm begrüßt die Vorlage aus dem Gesichtspunkte, daß sie auf die früher von ihm gestellten Anträge eingehe und mit der ganzen Materie, die seine Anträge umfaßten, wenigstens das herausgriffe, was am leichtesten zu ordnen sei. Redner hält den bisherigen Zustand nicht für so schlimm, wie ihn die Motive darstellen; er habe seit 23 Jahren mit seinen vielen Arbeitern noch keinen Prozeß gehabt, der unter das Haftpflichtgesetz falle. Er halte das System, die Pension nach der Höhe des Lohnes zu bemessen, für unrichtig; es müßten feste Sätze angenommen werden. Die Landwirthschaft dürfe nicht hineingezogen werden, da es ihm unmöglich scheine, die ärmeren landwirthschaftlichen Arbeiter im Osten auch nur einen Pfennig beisteuern zu lassen, daß die viel besser situirten Industrie-Arbeiter im Westen, die durch die Schutzzölle noch besser gestellt seien, und die doch eben wegen der gefährlicheren Beschäftigung verhältnißmäßig mehr Unfälle hätten, Entschädigungen erhielten. Die Vertheilung der Beitragspflicht zwischen Arbeitgeber und Nehmer von ⅔ : ⅓ halte er für richtig und er hoffe, daß man dazu kommen werde, korporative Verbände zu schaffen, an deren Verwaltung man dann ja die Arbeitnehmer Theil nehmen lassen könne. Wenn die Arbeitgeber nicht bereit sein sollten, diese kleine Mehrbelastung, dieselbe betrage nur 2 pCt. vom Anlage-Kapital, auf sich nehmen zu wollen, so wäre das, nachdem ihnen die Wohlthat der Schutzzölle zu Theil geworden, ein trauriges testimonium paupertatis. Die Zahl der Unglücksfälle werde sich durch das Gesetz nicht wesentlich vermindern, da die meisten und erheblichsten Unglücksfälle durch force majeur herbeigeführt würden. Der Reichskanzler habe das Verdienst auf diesem Gebiete, endlich die Initiative ergriffen zu haben und den Weg gezeigt zu haben, auf dem etwas Po

kives geschaffen werden könne; dieses Verdienst würden ihm Herr Richter und dessen Freunde nicht nehmen. (Beifall.)

Abg. Lasker beklagt sich, daß der Kanzler stets die Debatte auf das persönliche Gebiet hinüberführe, und zwar so, daß, wenn die Sache hernach richtig gestellt werde, er, der Kanzler, dann leicht mit einem Scherze hinweggleiten könne, dieses verstehe im Hause Niemand so geschickt zu machen, als der Kanzler. Heute habe der Kanzler wieder für diese Vorlage, die von allen Rednern in einigen Punkten übereinstimmend abgelehnt sei, verlangt, man solle nicht aus dem Parteistandpunkte urtheilen, als ob die Regierung allein objektiv sei. Die vom Bundesrathe ihm in dem Gesetze überwiesenen Kompetenzen könne er nicht billigen, die Erfahrung lehre, daß der dem Bundesrath im Nahrungsmittelgesetz übertragenen Funktionen schon lange auszuüben zögere, daß daraus die fatalsten Verwickelungen entstehen; so würde es hier auch gehen. Redner geht sodann auf eine Kritik einzelner Spezialpunkte ein und führt dann aus, daß ein solches Nachgeben an den Sozialismus, wie es die Vorlage wolle, Sache der Entwickelung sei, nicht Sache der Gesetzgebung; letztere dürfe der schon geschehenen Entwickelung nur folgen. Er hofft, daß man unter Ausschluß der Reichsversicherung und des Reichszuschusses noch in dieser Session zu einer Erweiterung des Haftpflichtgesetzes kommen werde.

Darauf vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung: Montag 12 Uhr.

Tagesordnung: Rest der heutigen Berathung und außerdem der Antrag Windthorst betreffend den Königsmord.

Schluß 4½ Uhr.

Deutschland.

Berlin, 3. April. Unser Kronprinz geht, wie nunmehr bestimmt, auf den Wunsch unseres Kaisers als dessen Vertreter zu den Hochzeitsfeierlichkeiten des Kronprinzen Rudolf von Oesterreich zum 10. Mai d. J. nach Wien.

Ausland.

Wien, 3. April. (D. M.-B.) Die Konstantinopler Meldung, Comunduros habe einen Vorschlag der Pforte betreffs der neuen griechisch-türkischen Grenze abgelehnt, wird hier als unzutreffend bezeichnet, da nicht die Pforte einen solchen Vorschlag gemacht habe, sondern über die neue Grenzlinie eine europäische Vereinbarung vorliege, welche offiziell in Athen noch nicht mitgetheilt worden ist. Der „Pester Lloyd" meldet, Griechenland würde die Vorschläge der europäischen Vereinbarung nicht rundweg ablehnen, aber auch eine Abtretung Kretas verlangen.

Gestern hat der österreichische Kaiserhof die offizielle Mittheilung von der bevorstehenden Vermählung des Kronprinzen Rudolf mit der Prinzeß Stephanie von Belgien an die auswärtigen Mächte gelangen lassen. Die Trauung des hohen Paares wird der Kardinal Fürst Schwarzenberg vollziehen. Der deutsche Gesandte, Prinz Reuß, wird aus Anlaß der Vermählung ein großartiges Ballfest veranstalten.

Die ungarischen Blätter bekämpfen auf das Entschiedenste die Beschränkung oder Aufhebung des Asylrechtes. Sie zitiren Fälle, bei denen es sich erst nachträglich herausstellte, daß politische Flüchtlinge ungerechter Weise schwerer Verbrechen bezichtigt wurden.

Aus Prag wird gemeldet, daß demnächst die Konferenzen über die Grenzregulirungen der preußischen und österreichischen Diözesen beginnen werden. Die preußische Grafschaft Glatz wird höchstwahrscheinlich von der Prager Erzdiözese ausgeschieden werden.

Der Krakauer „Czas" meldet: Ein Theil der griechisch-unirten Landbevölkerung Russisch-Polens weigere sich, dem neuen Zar den Treueid in den russischen Kirchen zu schwören und wolle den Eid nur in den katholischen Kirchen vor den katholischen Geistlichen leisten. Die Beamten schlugen vor, die Landbevölkerung solle vor im Freien errichteten Altären ohne Zuziehung von Geistlichen schwören. Die Bauern gingen jedoch nicht auf diesen Vorschlag ein und befinden sich in großer Aufregung, da der Gouverneur die Eidesleistung in den russischen Kirchen verlangt.

Wien, 3. April. Nach der „Montagsrevue" lauten die Namen der Attentäter vom Mansionhouse in London Thomas, Monney, Odonell und John Coloman (Kellner). Die englische Regierung sichert demjenigen der Bande, welcher — vorausgesetzt, daß derselbe nicht der Hauptverschwörer ist — der Regierung sofort Geständnisse macht, Begnadigung zu.

London, 3. April. Das Befinden Lord Beaconsfields hat sich im Laufe des gestrigen Tages etwas gebessert, derselbe konnte einige Nahrung zu sich nehmen und hatte einige Stunden ruhigen Schlafes.

Petersburg, 3. April. (D. M.-B.) Dem Vater Russakows wurde gestattet, von seinem Sohne in der Festung Abschied zu nehmen. Dem „Herold" zufolge protestirte der Sohn gegen den Besuch. Unter heißen Thränen versuchte der alte Mann, den Sohn zum Geständniß zu bringen. Vergebens! Der Sohn antwortete höhnisch und verlangte die Entfernung des Vaters durch die Wache. Schluchzend und indem er das Zeichen des Kreuzes über dem Haupt des Sohnes machte, ging der Vater.

Der gestern bestätigte Beirath des Stadthauptmanns, bestehend aus 25 Mitgliedern und 25 Ersatzkandidaten, wird heute vom Kaiser empfangen.

Eine Bestimmung des Beiraths betreffend eine scharfe Polizeikontrole über sämmtliche auf den Chausseen ein- und ausgehenden Personen, wurde bereits gestern eingeführt. Die Kontrole findet durch Polizisten statt, denen Offiziere beigegeben sind. Kosakenpikets weisen alle Passanten von den Nebenwegen auf die Hauptstraßen. Ueber den Modus der Kontrole bezüglich der mit der Eisenbahn Eintreffenden, ist noch nichts Sicheres bekannt. Dieselbe soll heute beginnen.

Ein Gerücht nennt den früheren Stadthauptmann Trepow als zum Nachfolger des verstorbenen Kommandanten der Peter-Paulsfestung, Baron Maydell, designirt.

Provinzielles.

Stettin, 4. April. Am Sonnabend Abend gab Frl. Anna Drechsler, unter Mitwirkung der Brüder Hans und Georg Fabian, zum Besten des Pestalozzi-Vereins in Wolffs Saal eine musikalische Soiree, die wohl nur in Folge nicht genügender Vorbereitungen im Billetverkauf ꝛc. weniger zahlreich besucht war, als allgemein angenommen wurde. Während im Saale noch hinreichend Platz vorhanden war, mußten um 7 Uhr viele Billetkäufer die Verkaufsstellen in der Stadt unverrichteter Sache verlassen, da daselbst ein zu geringer Vorrath an Billets deponirt war und im Publikum die Ansicht auftrat, der Saal müsse schon brechend voll sein. War dies nun auch leider nicht der Fall, so konnte der Besuch doch noch einigermaßen befriedigen und wird hoffentlich der guten Sache eine wenn auch nur kleine, so doch immerhin noch angenehme Gabe zugeführt werden können. Was die Ausführung des Programms anbetrifft, so ist dieselbe mit dem einfachen Prädikat „gelungen" hinlänglich gekennzeichnet. Frl. Anna Drechsler, von uns wiederholt rühmlichst erwähnt, sang Rezitativ und Arie aus dem „Freischütz", „Die Schwalben", Lied von Panseron, „Fahr' wohl", Lied von Heiser und Schuberts, „Ave Maria". Die bedeutenden Fortschritte, die die jugendliche, anmuthige und äußerst begabte Sängerin seit ihrem ersten Auftreten als „Undine" bereits gemacht hat, sind erstaunlich und beweisen, daß ihre Stimme bei der in Berlin demnächst vorzunehmenden Ausbildung sicher einer beneidenswerthen Vollendung entgegensieht. Das Anschwellen und Aushauchen der Töne, der seelenvolle, dramatische, bis ins Feinste nüancirte Vortrag, die saubere Aussprache bekunden, wie der bisher ohne Schule gebliebenen Sängerin von der Natur alle Eigenschaften und Vorzüge, — musikalisches Gehör, Gedächtniß und Empfinden —, verliehen sind, die ihr für die Zukunft die glänzendsten Hoffnungen eröffnen. Wir wollen in unserem Lobe aber nicht so weit gehen, daß wir hiermit behaupten, Frl. Drechsler's Stimme könne der Schulung bereits entbehren. Abwechselung wurde dem Programm geboten durch gemeinschaftliche Vorträge der Brüder Fabian, deren jüngster, Hans, 16 Jahre alt, ein durchaus beachtenswerthes Talent im Violinspielen bekundete. Derselbe beherrscht sein Instrument bereits mit großer technischer Vollendung und weiß seinem fast stets reinen Vortrag Kraft, Empfindung und Seele zu leihen. Das Artot'sche „Souvenir de Bellini" wie auch Beriot's Fantasie über „Moses" bewiesen seine Fertigkeit und Auffassung. Wie wir hören, beabsichtigt der junge Mann, Musik zu studiren und können wir ihm zu seinem Entschluß nur gratuliren. Die Begleitung sowohl der Gesänge als auch der Vorträge seines Bruders hatte Herr Georg Fabian, 18 Jahr alt, übernommen und sich derselben in geschickter und dezenter Weise entledigt. Der einzige Solovortrag, Liszt's, „Stabat mater", muß sich unserer Beurtheilung entziehen, da der Konzertflügel (man sagte uns aus dem Magazin des Herrn Rath Wolkenhauer, was wir bei dem Renommee der Firma fast nicht glauben können), entsetzlich verstimmt war und sich daher ziemlich zirperig und klapperig präsentirte. Beide Brüder wurden von dem Auditorium für ihre respektablen Leistungen mit Beifall belohnt. Fräul. Drechsler gebührt für ihr wohlthätiges Unternehmen öffentliche Anerkennung.

— Das Hamburger Medizinal-Kollegium bringt Folgendes zur Kenntniß: Es sind hier und in der Nachbarschaft Vergiftungs-Erscheinungen nach dem Genuß von „Sternanis" mehrfach vorgekommen. Durch amtliche wissenschaftliche Untersuchungen ist als Ursache der Vergiftung die Beimischung von japanischen Skimi-Früchten, welche den echten Sternanisfrüchten täuschend ähnlich sehen, aber giftig sind, festgestellt. Der Sternanis kommt häufig als Hausmittel bei Husten zum Detailverkauf. Unter diesen Umständen sieht sich die Medizinal-Behörde veranlaßt, bei der Schwierigkeit der Untersuchung zwischen den echten und unechten Früchten, das Publikum vor dem Gebrauch von Sternanis, sofern derselbe nicht aus Apotheken bezogen wird, eindringlich zu warnen. Zugleich werden die Händler in diesen Waarengattungen auf die Beimengung der Skimifrüchte zum Sternanis unter Hinweisung auf die §§ 12 unter 1, 13 und 14 des Gesetzes vom 14. Mai 1879, betreffend den Verkehr mit Nahrungsmitteln, Genußmitteln u. s. w. und auf die in den bezeichneten Paragraphen enthaltenen Strafbestimmungen hierdurch aufmerksam gemacht.

— Der Rabbiner Herr Dr. Zuckermandel, welcher seit ungefähr 5 Jahren als Seelsorger der israelitischen Gemeinde zu Pasewalk im Amte war, ist als Ober-Rabbiner nach Trier gewählt worden.

— Am Freitag wurden in Pölitz im Laden des Kaufmann Sandt 4 Zigeuner (Männer und Frauen) gerade in dem Moment abgefaßt, als sie dabei waren, die Ladenkasse auszuräumen. Die Diebe, die auch in Zedlitzfelde einen Gelddiebstahl in Höhe von 30 M. ausgeführt haben sollen, sind verhaftet.

— In Stubbenkammer landeten am 29. März in einem kleinen Boote vier Leute, deren Schiff bei Arcona gesunken war. Die Leute wären vollständig erstarrt. Der eine derselben, ein Jüngling von 20 Jahren, der unten am Strande noch gelebt hatte, wurde leblos von den Uebrigen nach Stubbenkammer hinaufgetragen, wo ihm sorgsame Pflege zu Theil wurde. Er wurde in wawarme Decken gelegt, gerieben und gebürstet, aber alle Bemühungen, ihn zum Leben zurückzubringen, waren vergeblich, er war schon todt. Die anderen drei Leute erholten sich bald wieder, nachdem sie erwärmt und gepflegt worden.

— In der Nacht vom 1./2. d. M. entzündete sich in der auf dem Grundstück Grünstraße Nr. 22 belegenen Räucherkammer des Fleischermeisters Lüdke der Ruß und verbrannten dabei verschiedene im Rauchfang hängende Wurstwaaren im Werthe von 725 M.

— Gestern Nachmittag lag der Korbmacher Alb. Hennemann in den Anlagen in der Nähe der Prütz'schen Konditorei in Krämpfen und wurde in Folge dessen mittelst Droschke nach seiner in der Pelzerstraße belegenen Wohnung geschafft. Bei dieser Gelegenheit stürzte in der Pelzerstraße ein Pferd der Droschke und erlitt einen Beinbruch des linken Hinterfußes.

§ **Zempelburg**, 30. März. Endlich vollziehen sich bei uns und in der Umgegend die letzten Holzabfindungen wegen der Gerechtigkeit der Gemeinden, in der nahen kgl. Forst Klein-Lutau Raff- und Leseholz zu sammeln. Jahrelang währte die Regelung dieser Angelegenheit, zu deren Abwickelung ein besonderer k. Oekonomie-Kommissionsrath in Schneidemühl eingesetzt war. Ob die betreffende Bevölkerung durch diese Abfindung besser fährt, ist zweifelhaft; jedenfalls klären die vielseitigen Klagen der Berechtigten, die pro Grundstück meist nur mit einigen Hundert Mark abgefunden worden, daß man lieber bei der thatsächlichen Ausübung der fraglichen Gerechtigkeit stehen geblieben wäre, wonach auf Grund der sogenannten Holzzettel die Kommunen massenweise zweimal in der Woche ihren Holzbedarf frei aus den königlichen Waldungen beziehen durften.

Kunst und Literatur.

Die im Verlage von Albert Goldschmidt in Berlin erscheinende „Fünfzig Pfennig-Bibliothek", Romane und Novellen lebender Autoren, hat sich fortdauernd eines so großen Anklangs und Leserkreises zu erfreuen, daß die Verlagshandlung in der Herausgabe einer „Klassischen Novellen-Bibliothek" den Literaturfreunden auch eine Auswahl novellistischer Werke früherer Generationen zu bieten gedenkt und damit sicher den Wünschen derselben entgegenkommt. Die „Klassische Novellen-Bibliothek" erscheint in Serien von 12 Bänden, allmonatlich 2 Bände à 50 Pf. Jeder Band, im Oktav-Format mit deutlichem großen Druck, bildet eine abgeschlossene Erzählung. Vor liegen bereits die ersten sechs Bände der ersten Serie, nämlich: Tromlitz, Die Vierhundert von Pforzheim; Van der Velde, Das Liebhabertheater; Franz v. Gaudy, Schülerliebe. Der Deutsche in Trastevere; Blumenhagen, Schloß Leuenrode; Ernst v. Houwald, Die Schlacht von Malplaquet. Die Todtenhand; E. T. A. Hoffmann, Signor Formica.

Vermischtes.

— Ein Theaterskandal, wie ihn die Chronik des Berliner Theaters zum Glück noch nicht zu verzeichnen hatte, ist gestern im Friedrich-Wilhelmstädtischen Theater bei der ersten Aufführung des vieraktigen Schwankes von Oscar Blumenthal „Die Teufelsfelsen" durch das unerhörte Benehmen eines der mitwirkenden Schauspieler provozirt worden, der es wagte, dem Publikum die gröblichsten Schmähungen in's Gesicht zu schleudern. Dieses in keiner Weise entschuldbare Benehmen erscheint in einem noch schlimmeren Lichte, als der Provokant und Beleidiger zugleich diejenige Person ist, welche in erster Linie im Friedrich-Wilhelmstädtischen Theater über Ordnung und Sitte zu wachen hat — Herr Oberregisseur Ottomeyer.

Blumenthals Stück trägt, wie wir konstatiren müssen, durchaus keinen provokatorischen, eher einen langweiligen Charakter. Nach dem Schluß des ersten Aktes wurde stark gezischt, und da auch die beiden folgenden dem Publikum keine Unterhaltung boten, wurde die Vorstellung häufig durch lange andauerndes Hohngelächter, durch ironischen Beifall und, wenn der Inhalt gar zu sandig, die mühsam zusammengeschraubten Witze gar zu fade wurden, entstanden ernstere Unruhen. Einige unglückliche Wendungen des Dialogs, vielleicht auch die lächerliche Färbung seiner Rolle, waren die Ursache, daß sich die sarkastische Laune des Publikums hauptsächlich über Herrn Ottomeyer entlud. Dies mag ihn so außer Fassung gebracht haben, daß er in einer der ersten Scenen des letzten Aktes, als er durch eine Redewendung wieder die allgemeine Heiterkeit des Publikums entfesselt hatte, plötzlich aufsprang, dicht vor die Lampen trat und eine Ansprache hielt, in welcher er um den Schutz des „anständigen Publikums" bat. Obwohl dieses Heraustreten aus seiner Rolle schon im höchsten Grade unpassend war, wurde der Appell noch verhältnißmäßig günstig aufgenommen. Als sich dann Herr Ottomeyer niederließ und, als Antwort auf erneutes Gelächter, einige Sätze improvisirte, in welchen er das Publikum mit Schmähungen, wie „Rohheit" und „Pöbelhaftigkeit" traktirte, entstand ein ungeheurer Tumult. Das Publikum erhob sich von den Sitzen, alles rief: „Raus! Raus! Herunter von der Bühne!" Herr Ottomeyer aber blieb mit eherner Stirn sitzen und blickte mit höhnischem Lächeln auf die beleidigte Zuhörerschaft. Erst auf ein Zeichen des Herrn Guthery senkte sich der Vorhang. Nachdem sich der Tumult etwas gelegt, wurde der einhellige Ruf nach Herrn August Neumann laut, welcher sich nach mehrjähriger Pause wieder dem Berliner Publikum vorgestellt hatte und leider in einem Stück, welches seinem großen komischen Talent nur einen geringen Spielraum bot. Als Herr Neumann erschien, begrüßte ihn das Publikum mit stürmischem Beifall, um zu zeigen, wie es seine Lieblinge zu schätzen weiß. Herr Neumann stellte nun die Frage, ob das Stück weitergespielt werden sollte oder nicht. Die Mehrzahl entschied sich für Weiterspielen, aber zugleich wurde der Ruf: „Ohne Ottomeyer!" oder „Abbitten!" gehört. Als dann Herr Ottomeyer nach einer Pause erschien, erhob sich von Neuem ein so unbeschreiblicher Tumult, daß der Vorhang fallen mußte und kein Versuch zum Weiterspielen mehr gemacht wurde. Es war für die mitwirkenden Schauspieler, welche angstvoll aus den Koulissen hervorblickten, eine überaus peinliche und aufregende Scene. Aber die Entrüstung des Publikums, welches erst nach geraumer Zeit das Theater verließ, war so groß, daß die Unschuldigen mit den Schuldigen getroffen wurden.

Das Benehmen des Herrn Ottomeyer verdient die schärfste Rüge. Es wird eine Sache der Direktion sein, dem Publikum für diese Beschimpfung eine entsprechende Genugthuung zu bieten.

Telegraphische Depeschen.

Paris, 2. April. Aus allen Nachrichten aus Tunis geht hervor, daß die Engagements der französischen Truppen mit verschiedenen tunesischen Stämmen der Khroumirs sehr ernsthafte gewesen sind und neue Kämpfe erwartet werden. Die im heutigen Ministerrathe gefaßten Beschlüsse betreffs Tunis werden absolut geheim gehalten. Die Presse dringt auf energische Züchtigung jener räuberischen Stämme, die unter der Botmäßigkeit des Beys stehen, da von Letzterem eine Bestrafung derselben und Genugthuung für Frankreich nicht zu erwarten sei. Vielfach fordert man sogar die Okkupation von Tunis selbst. In Deputirtenkreisen wird die Idee einer Interpellation hierüber erwogen. — Auf die Nachricht von der Ermordung Kolonel Flatters und Genossen ist Befehl gegeben worden, algerische eingeborene Truppen abzusenden, um wo möglich den Rest der Mission zu retten. Dieselbe bestand unter Führung Flatters aus 6 Offizieren und Ingenieuren, 10 französischen Soldaten und 83 Eingeborenen.

Rom, 3. April. Die zur Festsetzung der Unterhandlungen zwischen Rußland und der Kurie hier eingetroffenen russischen Abgesandten Mossoloff und Buteneff wurden gestern vom Papste und dem Kardinal-Sekretär Jacobini empfangen. Der Papst unterhielt sich mit denselben etwa eine halbe Stunde lang, gab wiederholt seiner Theilnahme und seinem Abscheu über das St. Petersburger Attentat Ausdruck und sprach die Hoffnung aus, daß ein festes Einvernehmen zwischen dem Vatikan und Rußland noch vor dem nächsten Feste der slavischen Apostel Cyrillus und Methodius, welche von den Lateinern wie von den Slaven gleich sehr verehrt würden, wiederhergestellt werden möge. Der Papst sprach schließlich den beiden Abgesandten seinen Dank aus, daß der Kaiser von Rußland diesen versöhnlichen Schritt unternommen habe.

Wien, 3. April. Ueber ein griechisches Rundschreiben vom 31. März verlautet, dasselbe sei eine Instruktions-Depesche an die griechischen Gesandten, wodurch dieselben aufgefordert werden, den Regierungen, bei denen sie akkreditirt sind, mitzutheilen, daß das Athener Kabinet nicht in der Lage sei, die Vorschläge anzunehmen, welche auf Grund der neuesten türkischen Anerbietungen formulirt werden. Griechenland bestehe vielmehr auf Ausführung der Berliner Konferenzbeschlüsse. Hier glaubt man nicht, daß dieser anticipirte Protest Griechenlands die Entschließungen der Mächte irgendwie beeinflussen werde.

Verviers, 3. April. Die englische Post vom 2. April Abends, planmäßig in Verviers um 8 Uhr 40 Minuten Vormittags, ist ausgeblieben. Grund: Sturm im Kanal.

London, 3. April. Das Befinden Lord Beaconsfield's hat sich im Laufe des gestrigen Tages etwas gebessert, derselbe konnte einige Nahrung zu sich nehmen und hatte einige Stunden ruhigen Schlafs.

Petersburg, 3 April. Der rumänische Gesandte am hiesigen Hofe, Fürst Ghika, ist gestern gestorben.

Bukarest, 2. April. Die Kammer hat die Regierungsvorlage über Konvertirung eines Theiles der Staatsschuld, unter unerheblichen Abänderungen in einzelnen Nebenpunkten, mit 62 gegen 17 Stimmen angenommen.

England hat der Regierung die Anerkennung des Königreichs Rumänien angezeigt.

Der aus der Initiative mehrerer Senatoren hervorgegangene, gestern im Senate eingebrachte Gesetzentwurf enthält als hauptsächlichste Bestimmung, daß jeder in Rumänien ansässige oder wohnende Ausländer, der durch sein Verhalten die Sicherheit des Staates im Innern oder nach Außen kompromittiren, die öffentliche Ordnung stören oder an Handlungen theilnehmen sollte, deren Tendenz auf den Umsturz der sozialen Ordnung des Landes oder eines auswärtigen Staates gerichtet ist, durch ein einfaches Dekret oder eine ministerielle Verfügung von den Lokalbehörden ausgewiesen, oder in einem anderen Orte internirt werden kann. Die übrigen Bestimmungen des Gesetzentwurfs beziehen sich auf die Regelung von Detailfragen.